



HESSISCHER LANDTAG

21. 12. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 04.03.2021

Corona-Pandemie – Erhebung von Daten zu Faktoren, die eine Infektion bzw. einen besonders schweren Verlauf der Erkrankung begünstigen

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Presse berichtet über die Beobachtungen verschiedener Mediziner, dass der Migranten-Anteil unter den Corona-Patienten in ihren Kliniken – und v.a. auf den Intensivstationen – auffällig hoch sei. Konkrete Zahlen wurden nicht genannt, da keine entsprechenden statistischen Daten erhoben werden. Auch aus den Nachbarländern gibt es entsprechende Berichte, z.B. aus der Schweiz und Österreich, wobei die Angaben hier zwischen 60 und 70 % liegen. Als Gründe werden vor allem Armut, beengte Wohnverhältnisse, häufige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel genannt sowie Tätigkeiten, in denen Homeoffice und Social Distancing nicht möglich sind. Als weitere Gründe werden das Zusammenleben in Großfamilien angeführt und fehlender Zugang zu gesundheitlicher Bildung aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse („Kommunikationsbarriere“), wobei dies teilweise durch Desinformationen aus den jeweiligen Heimatländern verstärkt wird. Die genannten Faktoren sind teilweise nicht oder nur schwer beeinflussbar (Wohnverhältnisse, berufliche Tätigkeit), teilweise jedoch schon (Freizeitverhalten, Informationsdefizit). Die Problematik ist der Bundesregierung bekannt, wurde jedoch auf den Corona-Gipfeln von Bund und Ländern nicht erörtert (https://www.focus.de/politik/bitte-nehmt-corona-erndst-migranten-auf-corona-stationen_id_13039874.html).

Vorbemerkung Minister für Soziales und Integration:

Wie andere soziale Daten wird auch der Migrationshintergrund bei der Aufnahme von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern nicht systematisch erfasst. Studien deuten aber darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie eine soziale Dimension hat. Gesundheit und der soziale Status hängen miteinander zusammen. Wo die Lebensumstände schwieriger sind, ist auch der Schutz vor einer Infektion schwieriger. Das Bildungsniveau, prekäre Arbeitsverhältnisse bzw. Anstellungen in Branchen, in denen Homeoffice nicht möglich ist, beengte Wohnverhältnisse, mangelnde Sprachkenntnisse oder auch ein anderes Gesundheitsverhalten und ähnliche soziökonomische Faktoren erhöhen somit das Risiko, an Corona zu erkranken. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zielführend, spezifische Bevölkerungsgruppen als Treiber der Pandemie verantwortlich zu machen. Nur gemeinschaftlich lässt sich die Pandemie bekämpfen. Gezielte Aufklärungsarbeit über COVID-19, die Folgen und die Schutzimpfung sind dabei wichtige Elemente.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Hat die Landesregierung die genannte Problematik bei einer der „Corona-Konferenzen“ mit der Bundesregierung und den übrigen Landesregierungen angesprochen?
- Frage 2. Falls Frage 1 zutreffend: mit welchem Ergebnis?
- Frage 3. Falls Frage 1 unzutreffend: warum nicht?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zwischen Bund und Ländern findet regelmäßig ein Austausch darüber statt, welche Gruppen in der COVID-19-Pandemie besonders geschützt werden müssen und in welchen Bereichen zusätzliche Handlungs- und Aufklärungsbedarfe bestehen. Dementsprechend hat die Landesregierung ihre Bemühungen auch darauf ausgerichtet, die in Hessen lebenden Menschen bürgernah und bedarfsgerecht über die Impfung aufzuklären.

Unter Beachtung möglicher Sprachbarrieren informiert die Landesregierung fortlaufend über COVID-19 und die Bedeutung der Impfung in zielgruppengerechter Ansprache über verschiedene Kanäle und Formate, z.B. auch in verschiedenen Sprachen: <https://soziales.hessen.de/Corona/Fremdsprachliche-Informationen> und <https://integrationskompass.hessen.de/integration/informationen-zum-coronavirus>.

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind eine wichtige Stütze, um über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und die Corona-Schutzimpfung aufzuklären. Das Ministerium für Soziales und Integration versendet deshalb übersetzte Informationen u.a. an die zahlreichen WIR-Koordinationskräfte oder die WIR-Fallmanagerinnen und -manager in den Kommunen. Diese Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind bei den (kreisfreien) Städten und Landkreisen angesiedelt und helfen die Informationen zielgruppenbezogen vor Ort zu verbreiten.

Gleichzeitig wurden zahlreiche Akteurinnen und Akteure der hessischen Integrationspolitik, unter anderem die kommunalen Spitzen wie Landrätinnen und Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Mitglieder in integrationspolitischen Gremien, die Integrationsbeauftragten, Partnerinnen und Partner aus der Zivilgesellschaft und viele mehr, auf die mehrsprachigen Corona-Informationen aufmerksam gemacht und gebeten, die Materialien auch auf ihren Webseiten und Social-Media-Kanälen einzubinden.

Für eine zielgruppenspezifische Ansprache wird u.a. auch das Projekt „Gesundheits- und Aufklärungskampagne für MigrantInnen“ der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung (TDG) e.V. über das Landesprogramm „WIR“ gefördert. In diesem Rahmen finden Informationsveranstaltungen zur Corona-Schutzimpfung in hessischen Moscheen statt, die mehrfach von Sozial- und Gesundheitsminister Kai Klose begleitet wurden.

Das Ministerium für Soziales und Integration informiert zudem über das Thema Corona in seiner regelmäßig erscheinenden Publikation „Integrationsbrief“.

Außerdem hat die Landesregierung die landesweite Plakatkampagne „Hessen, bleibt besonnen“ aufgelegt. Seit dem 30. Oktober 2020 sind in knapp 400 Orten und damit in nahezu allen hessischen Städten und Gemeinden die Plakate der Landesregierung an öffentlichen Plätzen, an Bushaltestellen und in Straßen zu sehen. Die Plakate fokussieren sich auf Fotos und sind bewusst so konzipiert, dass für das Verständnis der Botschaft keine Sprachkenntnis erforderlich ist. Die mehrsprachigen Videoclips sind auf Facebook zugänglich.

Darüber hinaus stehen auch die Informationen der Bundesregierung im Rahmen von <https://www.zusammengegegenorona.de/> in diversen unterschiedlichen Formaten und Sprachen bereit.

Frage 4. Liegen der Landesregierung Berichte aus hessischen Kliniken über einen auffällig hohen Migranten-Anteil unter den Corona-Patienten vor?

Frage 5. Falls Frage 4 zutreffend: Welche Kliniken betrifft dies und welcher prozentuale Anteil wurde jeweils genannt?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Berichte einzelner Kliniken zu diesem Thema liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 6. Welche Daten werden von der Landesregierung bzw. den Gesundheitsbehörden an hessischen Kliniken von Corona-Patienten erhoben mit dem Ziel, Faktoren zu ermitteln, die mit einem hohen Infektions-Risiko und/oder einem besonders schweren Verlauf der Erkrankung korrelieren?

Frage 7. Werden die unter Frage 6 aufgeführten Daten kontinuierlich ausgewertet, um begünstigende Faktorenreduzieren oder ausschließen zu können?

Frage 8. Falls Frage 7 unzutreffend: warum nicht?

Frage 9. Falls Frage 7 zutreffend: Welche Faktoren haben sich bei der Auswertung als besonders problematisch im Hinblick auf die Übertragung einer Infektion bzw. einen besonders schweren Verlauf der Erkrankung erwiesen?

Die Frage 6 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die hier angesprochenen Risikofaktoren betreffen die Versorgungsforschung. Die Versorgungsforschung gehört nicht zu den Aufgaben der Landesregierung.

Frage 10. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die unter Frage 9 aufgeführten Faktoren – soweit möglich – zu reduzieren?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Wiesbaden, 14. Dezember 2021

In Vertretung:
Anne Janz